

Bildungs-, Kultur und Sportdirektion
Rheinstrasse 31
Postfach
4410 Liestal

Liestal, 30. Januar 2018

Versand per E-Mail an afbb@bl.ch

Vernehmlassung

zur Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Überführung der Berufswegbegleitung (BWB), bzw. des Case Management Berufsbildung (CMBB) in den Regelbetrieb ab 1.1.2019

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Gschwind
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum Entwurf erwähnter Gesetzesänderung Stellung zu nehmen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Die FDP.Die Liberalen begrüsst die vorgeschlagene Gesetzesänderung, die die bisherige Berufswegbegleitung von zeitlich begrenzten Projekten in einen zeitlich unbegrenzten Gesetzesauftrag und damit in eine Regelorganisation überführt.

Die Berufswegbegleitung heisst neu Berufsintegration und wird als Bildungsangebot gesetzlich verankert. Sie umfasst Angebote, *die eine nachhaltige Integration in eine berufliche Erstausbildung unterstützen, wenn eine solche nicht erreicht wird oder wurde oder ernsthaft gefährdet ist.*

Sie ist damit eine individuelle Begleitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich nach dem Schulabschluss oder nach einem Lehrabbruch nicht genügend um ihre weitere Ausbildungslaufbahn kümmern. Diese Jungen sollen „nicht verloren gehen“, wie es in der Vorlage ausgedrückt wird, sondern sie sollen durch die (ehemaligen) Sekundarschulen, durch die (ehemaligen) Berufsfachschulen sowie durch das Zentrum Berufsintegration BL erstens im Auge behalten und zweitens hinsichtlich ihrer Integration in eine Berufsausbildung unterstützt werden. Daher ist es richtig, dass das Bildungsangebot „Berufsintegration“ bis maximal zum 25. Altersjahr dauert.

Die Überführung der bisherigen projekt-basierten Berufswegbegleitung in die gesetz-basierte Berufsintegration ist gerechtfertigt, da das Berufswegbegleitungs-Projekt zweimal mit positivem Ergebnis evaluiert worden ist. Da durch die Überführung verursachte Kostensteigerung von jährlich knapp 22'000 Franken ist tragbar.

Ausgehend von der Vorlage (S. 18 dritter Absatz) fragen wir uns, ob das erwähnte, systematische Erfassungs- und Meldesystem über die betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in datenschutzrechtlicher Hinsicht über eine genügende gesetzliche Grundlage verfügt. Wir bitten Sie, diese Frage für die definitive Vorlage abzuklären.

Wir danken Ihnen für die Würdigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

FDP.Die Liberalen Baselland

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'PH'.

Paul Hofer
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'RR'.

Rolf Richterich
Fraktionspräsident

Ersteller: Fachkommission Bildung, Kultur & Sport, Daniel Schwörer